

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Carola Wolle AfD

und

Antwort

des Ministeriums der Justiz und für Europa

**Entwicklung der Situation an den Sozialgerichtsbarkeiten
des Landes Baden-Württemberg in Hinblick auf Auslastung
und Kosten**

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie hat sich die Anzahl der neu zugegangenen Klagen und der erledigten Klagen nach betroffenen Sachgebietsgruppen vor den Sozialgerichten des Landes Baden-Württemberg im Betrachtungszeitraum von 2013 bis 2016 entwickelt?
2. Wie hoch ist dabei im jeweiligen Jahr der Anteil der erledigten Klagen, die länger als zwölf Monate dauerten?
3. Wie hoch ist im jeweiligen Jahr die Anzahl derjenigen Klagen in den einzelnen Sachgebietsgruppen, bei denen es sich um ein und denselben Kläger handelt(e)?
4. Wie hoch ist im jeweiligen Jahr die Anzahl der erledigten Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz nach betroffenen Sachgebietsgruppen?
5. Nach welchen Kriterien wird über die Zulassung einer Berufung in einer Klage an Sozialgerichten entschieden?
6. Nach welchen Kriterien wird über die Zulassung einer Beschwerde in einer Klage an Sozialgerichten entschieden?
7. Nach welchen Kriterien wird über die Zuständigkeit der jeweiligen Kammer in einem Verfahren entschieden?
8. Nach welchen Kriterien wird die Zusammenlegung bzw. Nicht-Zusammenlegung von Verfahren entschieden?
9. Wie ist die statistische Verteilung der jeweiligen Verfahrensstreitwerte?

08. 12. 2016

Wolle AfD

Begründung

Durch die erhaltenen Daten und Erläuterungen wird klar, ob bzw. welche Maßnahmen erforderlich sind, um den Sozialgerichtsbarkeiten zur Erfüllung ihrer Aufgaben zusätzliche Unterstützung zu bieten respektive ob bzw. welche Maßnahmen erforderlich sind, um sowohl Kläger als auch Gerichte von Aufwand und Kosten zu entlasten.

Antwort

Mit Schreiben vom 9. Januar 2017 beantwortet das Ministerium der Justiz und für Europa die Kleine Anfrage wie folgt:

- 1. Wie hat sich die Anzahl der neu zugegangenen Klagen und der erledigten Klagen nach betroffenen Sachgebietsgruppen vor den Sozialgerichten des Landes Baden-Württemberg im Betrachtungszeitraum von 2013 bis 2016 entwickelt?*

Die die baden-württembergische Sozialgerichtsbarkeit betreffenden Daten lassen sich den nachfolgenden Tabellen entnehmen.

2013	Eingänge	Erledigungen
Klageverfahren	33.319	34.044
Von den Klageverfahren entfielen auf die Sachgebietsgruppen:		
010 Krankenversicherung	4.718	3.501
020 Vertrags(zahn)arztangelegenheiten	713	549
030 Pflegeversicherung	746	833
040 Unfallversicherung	2.181	2.135
050 Rentenversicherung	6.935	7.451
060 Zusatz- und Sonderversorgung der neuen Bundesländer	0	0
070 Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit	2.194	2.755
080 Angelegenheiten nach dem SGB II sowie §§ 6 a und 6 b BKGG	7.945	8.894
090 Angelegenheiten nach dem SGB XII und dem AsylbLG	1.299	1.327
100 Versorgungs- und Entschädigungsrecht	188	226
110 Verfahren zur Feststellung der Behinderung nach SGB IX	6.273	6.243
130 Sonstiges	127	130

2014	Eingänge	Erledigungen
Klageverfahren	32.549	33.944
Von den Klageverfahren entfielen auf die Sachgebietsgruppen:		
010 Krankenversicherung	4.080	4.580
020 Vertrags(zahn)arztangelegenheiten	932	963
030 Pflegeversicherung	557	685
040 Unfallversicherung	2.207	2.343
050 Rentenversicherung	6.641	7.170
060 Zusatz- und Sonderversorgung der neuen Bundesländer	0	0
070 Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit	2.293	2.431
080 Angelegenheiten nach dem SGB II sowie §§ 6 a und 6 b BKGG	8.096	7.855
090 Angelegenheiten nach dem SGB XII und dem AsylbLG	1.285	1.326
100 Versorgungs- und Entschädigungsrecht	181	203
110 Verfahren zur Feststellung der Behinderung nach SGB IX	6.110	6.203
130 Sonstiges	167	185

2015	Eingänge	Erledigungen
Klageverfahren	31.578	32.161
Von den Klageverfahren entfielen auf die Sachgebietsgruppen:		
010 Krankenversicherung	5.362	4.186
020 Vertrags(zahn)arztangelegenheiten	425	547
030 Pflegeversicherung	568	581
040 Unfallversicherung	2.211	2.095
050 Rentenversicherung	6.700	6.927
060 Zusatz- und Sonderversorgung der neuen Bundesländer	0	0
070 Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit	2.030	2.300
080 Angelegenheiten nach dem SGB II sowie §§ 6 a und 6 b BKGG	7.103	7.893
090 Angelegenheiten nach dem SGB XII und dem AsylbLG	1.202	1.326
100 Versorgungs- und Entschädigungsrecht	179	165
110 Verfahren zur Feststellung der Behinderung nach SGB IX	5.650	5.998
130 Sonstiges	148	143

Januar bis September 2016*	Eingänge	Erledigungen
Klageverfahren	22.710	24.718
Von den Klageverfahren entfielen auf die Sachgebietsgruppen:		
010 Krankenversicherung	3.632	4.060
020 Vertrags(zahn)arztangelegenheiten	469	463
030 Pflegeversicherung	486	425
040 Unfallversicherung	1.452	1.574
050 Rentenversicherung	4.610	5.085
060 Zusatz- und Sonderversorgung der neuen Bundesländer	0	0
070 Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit	1.563	1.679
080 Angelegenheiten nach dem SGB II sowie §§ 6a und 6b BKGG	5.137	5.601
090 Angelegenheiten nach dem SGB XII und dem AsylbLG	1.036	1.062
100 Versorgungs- und Entschädigungsrecht	121	132
110 Verfahren zur Feststellung der Behinderung nach SGB IX	4.114	4.514
130 Sonstiges	90	123

* Daten für das gesamte Jahr 2016 stehen für die baden-württembergische Justiz voraussichtlich ab März 2017 zur Verfügung.

2. Wie hoch ist dabei im jeweiligen Jahr der Anteil der erledigten Klagen, die länger als zwölf Monate dauerten?

Die die baden-württembergische Sozialgerichtsbarkeit betreffenden Daten lassen sich den nachfolgenden Tabellen entnehmen. Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass aufgrund des nach § 103 Sozialgerichtsgesetz geltenden Amtsermittlungsgrundsatzes in vielen Verfahren umfassende Ermittlungen durchzuführen sind, die beispielsweise die Einholung von medizinischen Sachverständigengutachten notwendig machen. Dieser Umstand hat einen wesentlichen Einfluss auf die durchschnittliche Dauer der sozialgerichtlichen Verfahren. Die Verfahrensdauern bei den baden-württembergischen Sozialgerichten lagen dabei in den letzten Jahren jeweils unter dem bundesweiten Durchschnitt. Der Anteil der erledigten Klageverfahren, die länger als zwölf Monate dauerten, lag mit 41,0 Prozent im Jahr 2015 deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt, der bei 48,6 Prozent lag. Im Einzelnen:

2013	
Anteil an erledigten Klageverfahren mit einer Verfahrensdauer von über 12 Monaten an allen erledigten Klageverfahren:	41,2 %
Vergleich: bundesweiter Durchschnitt	47,2 %
Anteil an erledigten Klageverfahren mit einer Verfahrensdauer von über 12 Monaten in den Sachgebietsgruppen:	
010 Krankenversicherung	38,3 %
020 Vertrags(zahn)arztangelegenheiten	27,0 %
030 Pflegeversicherung	25,3 %
040 Unfallversicherung	50,4 %
050 Rentenversicherung	49,7 %
060 Zusatz- und Sonderversorgung der neuen Bundesländer	0,0 %
070 Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit	33,3 %
080 Angelegenheiten nach dem SGB II sowie §§ 6 a und 6 b BKGG	34,2 %
090 Angelegenheiten nach dem SGB XII und dem AsylbLG	39,7 %
100 Versorgungs- und Entschädigungsrecht	57,1 %
110 Verfahren zur Feststellung der Behinderung nach SGB IX	45,9 %
130 Sonstiges	33,8 %

2014	
Anteil an erledigten Klageverfahren mit einer Verfahrensdauer von über 12 Monaten an allen erledigten Klageverfahren:	39,6 %
Vergleich: bundesweiter Durchschnitt	47,1 %
Anteil an erledigten Klageverfahren mit einer Verfahrensdauer von über 12 Monaten in den Sachgebietsgruppen:	
010 Krankenversicherung	37,5 %
020 Vertrags(zahn)arztangelegenheiten	27,3 %
030 Pflegeversicherung	34,5 %
040 Unfallversicherung	49,3 %
050 Rentenversicherung	47,8 %
060 Zusatz- und Sonderversorgung der neuen Bundesländer	0,0 %
070 Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit	31,0 %
080 Angelegenheiten nach dem SGB II sowie §§ 6 a und 6 b BKGG	29,6 %
090 Angelegenheiten nach dem SGB XII und dem AsylbLG	39,5 %
100 Versorgungs- und Entschädigungsrecht	64,0 %
110 Verfahren zur Feststellung der Behinderung nach SGB IX	46,0 %
130 Sonstiges	22,7 %

2015	
Anteil an erledigten Klageverfahren mit einer Verfahrensdauer von über 12 Monaten an allen erledigten Klageverfahren:	41,0 %
Vergleich: bundesweiter Durchschnitt	48,6 %
Anteil an erledigten Klageverfahren mit einer Verfahrensdauer von über 12 Monaten in den Sachgebietsgruppen:	
010 Krankenversicherung	40,6 %
020 Vertrags(zahn)arztangelegenheiten	45,2 %
030 Pflegeversicherung	31,5 %
040 Unfallversicherung	48,8 %
050 Rentenversicherung	48,4 %
060 Zusatz- und Sonderversorgung der neuen Bundesländer	0,0 %
070 Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit	28,9 %
080 Angelegenheiten nach dem SGB II sowie §§ 6 a und 6 b BKGG	31,0 %
090 Angelegenheiten nach dem SGB XII und dem AsylbLG	38,8 %
100 Versorgungs- und Entschädigungsrecht	55,8 %
110 Verfahren zur Feststellung der Behinderung nach SGB IX	48,5 %
130 Sonstiges	32,2 %

Januar bis September 2016*	
Anteil an erledigten Klageverfahren mit einer Verfahrensdauer von über 12 Monaten an allen erledigten Klageverfahren:	38,6 %
Vergleich: bundesweiter Durchschnitt	Bundesweite Daten für das gesamte Jahr 2016 liegen erst ab Herbst 2017 vor.
Anteil an erledigten Klageverfahren mit einer Verfahrensdauer von über 12 Monaten in den Sachgebietsgruppen:	
010 Krankenversicherung	33,8 %
020 Vertrags(zahn)arztangelegenheiten	37,8 %
030 Pflegeversicherung	25,2 %
040 Unfallversicherung	51,9 %
050 Rentenversicherung	44,4 %
060 Zusatz- und Sonderversorgung der neuen Bundesländer	0,0 %
070 Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit	25,0 %
080 Angelegenheiten nach dem SGB II sowie §§ 6 a und 6 b BKGG	31,2 %
090 Angelegenheiten nach dem SGB XII und dem AsylbLG	33,3 %
100 Versorgungs- und Entschädigungsrecht	59,8 %
110 Verfahren zur Feststellung der Behinderung nach SGB IX	48,2 %
130 Sonstiges	24,4 %

* Daten für das gesamte Jahr 2016 stehen für die baden-württembergische Justiz voraussichtlich ab März 2017 zur Verfügung.

3. Wie hoch ist im jeweiligen Jahr die Anzahl derjenigen Klagen in den einzelnen Sachgebietsgruppen, bei denen es sich um ein und denselben Kläger handelt(e)?

Zu dieser Frage liegen dem Ministerium der Justiz und für Europa keine präsenten Daten vor. Eine statistische oder sonstige Auswertung der Verfahrensdaten im Hinblick auf die Frage, ob mehrere Verfahren durch ein und dieselbe Person geführt werden, erfolgt üblicherweise nicht. Eine Erhebung der Daten wäre mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden.

4. Wie hoch ist im jeweiligen Jahr die Anzahl der erledigten Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz nach betroffenen Sachgebetsgruppen?

Die die baden-württembergische Sozialgerichtsbarkeit betreffenden Daten lassen sich den nachfolgenden Tabellen entnehmen.

Jahr	2013	2014	2015	I. bis III. Quartal 2016
Anzahl der Erledigungen – Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz	2.880	3.089	3.061	2.043
Von den erledigten Verfahren zur Gewährung von vorläufigem Rechtsschutz entfielen auf die Sachgebetsgruppen (Anzahl der Verfahren):				
010 Krankenversicherung	289	300	311	247
020 Vertrags(zahn)arztangelegenheiten	14	19	24	7
030 Pflegeversicherung	19	9	8	17
040 Unfallversicherung	29	20	20	17
050 Rentenversicherung	174	164	162	115
060 Zusatz- und Sonderversorgung der neuen Bundesländer	0	0	0	0
070 Angelegenheiten der Bundesagentur für Arbeit	108	95	103	86
080 Angelegenheiten nach dem SGB II sowie §§ 6 a und 6 b BKGG	1.860	2.096	2.015	1.222
090 Angelegenheiten nach dem SGB XII und dem AsylbLG	358	365	399	311
100 Versorgungs- und Entschädigungsrecht	7	3	4	1
110 Verfahren zur Feststellung der Behinderung nach SGB IX	15	10	9	15
130 Sonstiges	7	8	6	5

5. Nach welchen Kriterien wird über die Zulassung einer Berufung in einer Klage an Sozialgerichten entschieden?

Gegen Urteile des Sozialgerichts ist grundsätzlich das Rechtsmittel der zulassungsfreien Berufung eröffnet (§ 143 Sozialgerichtsgesetz – SGG). Einer förmlichen Zulassung bedarf die Berufung nur in den in § 144 Absatz 1 Satz 1 SGG aufgelisteten Fällen. In diesen Fällen ist die Berufung zuzulassen, wenn

- die Rechtssache grundsätzliche Bedeutung hat (§ 144 Absatz 2 Nummer 1 SGG),
- das Urteil von einer Entscheidung des Landessozialgerichts, des Bundessozialgerichts, des Gemeinsamen Senats der obersten Gerichtshöfe des Bundes oder des Bundesverfassungsgerichts abweicht und auf dieser Abweichung beruht (§ 144 Absatz 2 Nummer 2 SGG) oder
- ein der Beurteilung des Berufungsgerichts unterliegender Verfahrensmangel geltend gemacht wird und vorliegt, auf dem die Entscheidung beruhen kann (§ 144 Absatz 2 Nummer 3 SGG).

6. Nach welchen Kriterien wird über die Zulassung einer Beschwerde in einer Klage an Sozialgerichten entschieden?

Gegen Beschlüsse des Sozialgerichts findet die Beschwerde statt, sofern sie in der jeweiligen Fallkonstellation nicht ausdrücklich durch das Sozialgerichtsgesetz ausgeschlossen wird (§ 172 SGG). Einer förmlichen Zulassung bedarf die Beschwerde nicht.

7. Nach welchen Kriterien wird über die Zuständigkeit der jeweiligen Kammer in einem Verfahren entschieden?

Die Zuständigkeit der jeweiligen Kammer ergibt sich für jedes einzelne Verfahren aus dem Geschäftsverteilungsplan des Sozialgerichts (§ 6 SGG in Verbindung mit § 21 e des Gerichtsverfassungsgesetzes). Bei der Aufstellung des Geschäftsverteilungsplans hat das Präsidium des Gerichts das bei den Sozialgerichten geltende Fachkammerprinzip zu beachten. Nach § 10 SGG werden bei den Sozialgerichten für bestimmte Angelegenheiten besondere Fachkammern gebildet. In diesen Angelegenheiten hat das Präsidium die Zuständigkeit für das Verfahren der jeweiligen Fachkammer oder einer der für Angelegenheiten dieser Art gebildeten Fachkammern zuzuweisen.

8. Nach welchen Kriterien wird die Zusammenlegung bzw. Nicht-Zusammenlegung von Verfahren entschieden?

Das Sozialgericht kann durch Beschluss mehrere bei ihm anhängige Rechtsstreitigkeiten derselben Beteiligten oder verschiedener Beteiligter zur gemeinsamen Verhandlung und Entscheidung verbinden, wenn die Ansprüche, die den Gegenstand dieser Rechtsstreitigkeiten bilden, in Zusammenhang stehen oder von vornherein in einer Klage hätten geltend gemacht werden können (§ 113 Absatz 1 SGG). Die Entscheidung über die Verbindung von Verfahren steht im Ermessen des Gerichts. Als Maßstab orientiert sich das Gericht an der Frage, ob die Verbindung der Verfahren zu deren Beschleunigung oder Vereinfachung beitragen kann.

9. Wie ist die statistische Verteilung der jeweiligen Verfahrensstreitwerte?

Zu dieser Frage liegen dem Ministerium der Justiz und für Europa keine präsenten Daten vor. Aufgrund der Kostenbestimmungen in den §§ 183 bis 197 b SGG sind die Verfahren vor den Sozialgerichten in der weit überwiegenden Anzahl der Fälle für die Klägerinnen und Kläger gerichtskostenfrei. Für die Rechtsanwaltsvergütung sind in entsprechenden Fällen nach § 3 Absatz 1 Rechtsanwaltsvergütungsgesetz sogenannte Betragsrahmengebühren vorgesehen. Damit entfällt in diesen Verfahren die gerichtliche Festsetzung eines Streitwerts oder Gegenstandswerts. Der Verfahrensstreitwert wird daher in den Statistiken der Sozialgerichtsbarkeit auch für die verbleibenden kostenpflichtigen Verfahren nicht erhoben. Eine Erhebung der Daten wäre mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden.

Wolf

Minister der Justiz
und für Europa